

Notizen von der Querfront

(April `25)

Showdown in Erfurt

78 Prozent sehen nach einer Befragung des Politbarometers der Forschungsgruppe Wahlen für das BSW keine Zukunft mehr in der deutschen Politik. Nur 14 Prozent glauben dagegen noch an Putins Stathalterin in der Ex-DDR. Derweil spitzt sich der Machtkampf zwischen der mitregierenden Thüringer BSW-Führung und der Kaderzentrale in Berlin und an der Saar zu.

Zunächst haben die Vasallen Wagenknechts auf das Wahldebakel vom 23. Februar mit einem schäbigen Schuldumkehrtrick reagiert: der Osten habe nicht geliefert, hieß es in einem atemberaubenden Ablenkungsmanöver. Dafür sollen die standhaften Erfurter Regierungsmitglieder Katja Wolf und Steffen Schütz nunmehr büßen und auf dem Landesparteitag in Gera entmachtet werden. Wolf wird reichlich infam unterstellt, ohnehin nur Pöstchen in der Landesregierung angestrebt zu haben, aber im Wahlkampf nur mit mangelndem Kampfeifer unterwegs gewesen zu sein. Unwürdig, dass eine stellvertretende Ministerpräsidentin genötigt wird, die Anzahl ihrer öffentlichen Wahlkampfauftritte nachzuweisen.

Demgegenüber fand sich bislang noch kein bündnisinterner Kritiker, der den Mut besessen hätte, die vernichtende Wahrheit auszusprechen, dass Wagenknecht sich strategisch vollkommen verzockt hat, als sie im Bundestag mit der AfD für Merzens Zustrombegrenzungs-gesetz stimmen ließ. Damit wurden allerorten schlafende Hunde im Antifa-Lager geweckt - mit der Konsequenz wochenlanger Demonstrationenmärsche und dem bitteren Wahleresultat, dass statt des BSW mit ihrer rechtsopportunistischen „Weniger Migration“-Parole ihre schon für scheinot erklärte Altpartei „Die Linke“ schadenfroh gestimmt in den Bundestag zurückkehrte.

Als Sündenbock soll jetzt die Thüringer Spitze „bluten“ müssen, die ohnehin mit der Bundesparteiführung wegen deren zentralistischer Kadermachenschaften bei der Aufnahme von neuen Mitgliedern im Clinch liegt. Wolf möchte „demokratisch legitimierte Strukturen vor Ort“, denn neben lediglich ca. 130 Mitgliedern warten derzeit ca. 600 Unterstützer:innen auf ihr Parteibuch.

Sollten die ersten BSW-Minister tatsächlich aus dem Landesvorstand gemobbt werden, stünde sehr wahrscheinlich auch das Thüringer Brombeer-Experiment vor dem Aus. Schließlich ist die bündnisinterne Unzufriedenheit mit der pragmatischen Landespolitik von Wolf & Co auf Seiten der linkspopulistischen Eiferer zum Greifen nah. Man hatte sich hochfliegend tiefgreifende „gesellschaftliche Veränderungen“ samt kompetenzüberschreitender Einmischungen in die „kriegsbesessene“ Außenpolitik des Bundes versprochen. Dagegen mutet Katja Wolfs weitgehend konfliktfreie Regierungspartnerschaft mit Mario Wolf und der Union eher wie eine administrative Entzauberung überzogener Ambitionen an.

Bei fällig werden Neuwahlen könnten Höcke und seine Faschotruppe eine parlamentarisch nur noch schwer zu überwindende Mehrheit erzielen. Wer aber wettet darauf, dass diese Horroraussicht für die hochgradig gekränkte und zu weiteren Tabubrüchen allzu bereite BSW-Gründerin noch ein absolutes No Go darstellen würde.

Schröder - nachamtlich

Weder aktuell noch in absehbarer Zeit sei ihr Mandant Gerhard Schröder den Belastungen durch eine öffentliche Befragung gewachsen, zitieren die Anwälte seine Ärzte. Damit vermochte der Ex-Kanzler schon vor Wochen einer Vorladung vor den Untersuchungsausschuss des Landtags von Mecklenburg-Vorpommern zu entgehen. Dort sollte er ursprünglich als Lobbyist zur dubiosen Nordstream 2-Affäre Rede und Antwort stehen. Mit seinem krankheitsbedingtem Ausfall droht nunmehr die volle Wahrheit über die Verstrickung der

sozialdemokratischen „Moskau-Connection“ um Schwesig, SELLERING, Schröder & Co nicht restlos aufgeklärt zu werden.

Derweil hat Putins Spezi vor dem Verwaltungsgericht in Leipzig eine weitere Niederlage im ebenso unverschämten wie aussichtslosen Kampf um ein vom Bundestag finanziertes Büro mit mehreren Mitarbeitern einstecken müssen. Unverschämt war das Ansinnen seiner Anwälte insofern, als sie die Busenfreundschaft ihres Mandanten zu einem Kriegsverbrecher und Völkermörder offenbar als ausreichenden Grund geltend machen wollten, dessen gegen Staatsknete angebotene Bemühungen um einen Waffenstillstand als „nachamtliche“ Tätigkeit eines früheren Bundeskanzlers einzustufen. Darunter sind aber in der Regel Schirmherrschaften oder öffentliche Auftritte bei Festveranstaltungen zu verstehen. Außer ehrverlorenen Sozialdemokraten käme freilich in der Bundesrepublik niemand mehr auf den Gedanken, den moralisch Abgestürzten um eine „nachgelagerte“ Tätigkeit zu bitten.

Schröders Anwälte verzichteten nunmehr auf den möglichen Gang nach Karlsruhe mit Verweis auf den angegriffenen Gesundheitszustand ihres Mandanten. Es mangle ihm an der nötigen Konzentration und Energie. Das mag sein. Schröder verunglimpft seine Kritiker in der Partei und den Medien ohnehin als „Zwerge“, die gegen ihn an der Seite seines starken Wladimir nichts auszurichten vermögen. Die Ehrverlorenen unter seinen Parteigenossen jedenfalls versuchen den ärztlichen Befund auszuschlachten, um weiter am Opferstatus ihres Ex-Kanzlers zu arbeiten. Der gute Gerd habe einfach keine Lust, noch einmal wegen seines Büros vor Gericht zu ziehen, hieß es von einem „Frog“ (= *Friends of Gerd*). Er sei müde nach dem „unsäglichen Verhalten gegen ihn aus der Partei.“

Das war`s, Fischland Darss!

Wir verbrachten seit Jahren unseren Sommerurlaub auf Fischland Darss, erst in Ahrenshoop und zuletzt mehrfach in Wustrow. Umso

größer war die Erschütterung bei den jüngsten Bundestagswahlen über die unangefochtene Vormachtstellung der AfD wie einer pro-russischen Querfront überhaupt in Mecklenburg-Vorpommern.

In *Ahrenshoop* waren 542 Personen wahlberechtigt. Davon entschieden sich 24,5 % für die Weidel-Partei und ebenso viele für die beiden linken Querfront-Parteien (Die Linke: 13,6 %, BSW:10,9 %), die damit zusammen eine Mehrheit von 49 % erzielten gegenüber den drei Ampel-Parteien (25,9 %) und der CDU (23,8 %).

Ausgerechnet in *Wustrow*, der zweiten Bleibe unseres freiheitsempathischen Ex-Präsidenten Gauck, erreichte die pro-russische Querfront sogar zusammen 52,8 % - die AfD kam bei 864 Wahlberechtigten auf 30,5 %, Gysis und Wagenknechts Truppe zusammen auf 22,3 % (Die Linke: 13,7 % u. BSW: 8,6 %). Im Vergleich dazu schafften die Ampel-Parteien mit 26,5 % nur wenig mehr als die Hälfte, die Merz-Union lag mit 18,4 % deutlich hinter der AfD.

Noch doller trieben es die 934 Wahlberechtigten im benachbarten *Born* am beschaulichen Bodden und dem beliebten Keramikcafé. Dort erreichte die AfD mit 48,5 % der Stimmen um ein Haar die absolute Mehrheit. Rechnet man die Stimmen der Linkspopulisten hinzu (Die Linke: 10,0 % u. BSW: 9,1 %), landete des Kremels deutsche Querfront bei sage und schreibe 67,6 %, die Ampel-Parteien kamen gerade mal bei weniger als 20 % ins Ziel, und die künftige Kanzler-Partei bei mickrigen 11 %.

Das war`s, Fischland Darss! Die Stornierung ist Euch sicher.

Dennoch wäre zu fragen, ob ein eingeschränkter politisch korrekter Tourismus überhaupt Sinn macht? Trotz Erdogans Repressionsrausch strömen unverändert deutsche Touristen nach Antalya, und wir konnten ehrlicherweise auch vor Jahren trotz Jörg Haiders beängstigender Machtfülle in Kärnten nicht davon abgehalten werden, am Weissensee Urlaub zu machen. Ebenso waren wir uns in der Provence bewusst, dass hier Marine Le Pens noch radikalere Nichte

Maréchal Wahltrumphe feiern konnte, der attraktive Süden Frankreichs überhaupt stramm rechts votiert.

Aber bereits die Springerstiefel auf Usedom oder an der Müritz in Fußgängerzonen oder Shoppingmeilen und die Waffen-SS-Runen waren stets nur schwer erträglich. Um eine Lieblingsparole der dort reussierenden Nazis abzuwandeln: "Einmal muss Schluss sein."

Wie die wegen der Nordstream 2-Affäre schwerstens belastete Manuela Schwesig mit ihrer *Appeaser*-Partei eine drohende Katastrophe im Küstenland bis zur nächsten Landtagswahl 2026 noch abwenden will, bleibt ihr Rätsel. Denn sie muss die Distanz zu Putins Russland suchen, um ihren Kopf aus der Korruptionsschlinge zu ziehen, während ihr Volk, dem sie noch vor kurzer Zeit eine unverbrüchliche prorussische Landesraison versprach, von einem schier unheilbaren Stockholm-Syndrom befallen zu sein scheint, an dem auch die täglichen Kriegsverbrechen Putins offenbar nichts zu ändern vermögen.